

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Parteifreundinnen,  
liebe Parteifreunde,

heute möchte ich Ihnen einen Überblick über die Geschehnisse in dieser parlamentarischen Sitzungswoche geben. Dabei informiere ich Sie über die aktuelle Stunde zu Stuttgart 21, den Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik sowie über das neue Verbraucherinformationsgesetz und zum neuen Versorgungsstrukturgesetz für die gesetzlichen Krankenkassen.

Ferner gebe ich Ihnen wie gewohnt einen Einblick in meine Arbeit und meinen Einsatz für Mannheim in Berlin.

Es grüßt Sie sehr herzlich

Ihr



Egon Jüttner

## HEUTE LESEN SIE IM BERICHT AUS BERLIN:

1. [Aktuelle Stunde zu Stuttgart 21](#)
2. [Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik](#)
3. [Neues Verbraucherinformationsgesetz](#)
4. [GKV-Versorgungsstrukturgesetz](#)
5. [Relevantes für Mannheim und die Region](#)



Zeichnung: Stuttmann

## **1. Aktuelle Stunde zu Stuttgart 21**

Die Gegner des Projekts Stuttgart 21 haben bei der Volksabstimmung in Baden-Württemberg am vergangenen Sonntag eine herbe Niederlage erlitten. Mit 58,8% stimmte eine sehr deutliche Mehrheit für das Infrastrukturprojekt, während 41,2% sich dagegen aussprachen. Auch in der Landeshauptstadt Stuttgart konnten die Projektgegner keine Mehrheit erreichen. Dort stimmten 52,9% für den Weiterbau und 47,1% für den Ausstieg.

Wie der Landesgruppenvorsitzende der CDU-Fraktion im Bundestag, Thomas Strobl, in einer aktuellen Stunde deutlich machte, sind die Bürger für große, moderne Infrastrukturprojekte zu gewinnen. Die deutsche Wirtschaft ruht auf einer starken industriellen Basis, die ohne eine gut ausgebaute Infrastruktur undenkbar ist. Infrastrukturprojekte bedeuten Wohlstand. Sie dürfen nicht dem kurzfristigen parteipolitischen Vorteil geopfert werden.

Der Volksentscheid hat deutlich gemacht, dass die „gefühlte Mehrheit“ nur „gefühlte“ war. Wir erwarten nun, dass die Landesregierung ihrer Projektförderpflicht nachkommt und den Bau des modernen Tiefbahnhofs sicherstellt.

## **2. Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik**

In dieser Woche debattierten wir den Neunten Bericht der Bundesregierung über ihre Menschenrechtspolitik in den auswärtigen Beziehungen und in anderen Politikbereichen. Dieser erfasst den Zeitraum März 2008 bis Februar 2010 und stellt erstmals neben den Entwicklungen und Maßnahmen auf internationaler Ebene die im Berichtszeitraum von der Bundesregierung in Deutschland ergriffenen Maßnahmen im Rahmen eines separaten innenpolitischen Teils dar.

Schutz und Wahrung der Menschenrechte sind eine Priorität der Bundesregierung. Vor 60 Jahren legten die Mitgliedsstaaten des Europarates den Grundstein für einen effektiven Menschenrechtsschutz in Europa mit der Annahme der Europäischen Menschenrechtskonvention.

Trotz aller Fortschritte bleibt der Schutz der Menschenrechte eine Herausforderung für die Zukunft. Die Einhaltung der Menschenrechte muss weltweit jeden Tag aufs Neue eingefordert werden. Es wird der offene Dialog gesucht, um gemeinsam mit unseren Partnern für die Einhaltung der Menschenrechte einzutreten und Menschenrechtsverletzungen zu verhindern.

Menschenrechtspolitik bewegt sich heute mehr denn je in einem Spannungsfeld zwischen Sicherheitsinteressen und Bürgerfreiheit. Menschenrechtliche Aspekte sind aus den aktuellen Diskussionen zu Sicherheit und Entwicklung, Klima und Umwelt, Energie- und Rohstoffsicherheit, aber auch Bildung oder Migration nicht mehr wegzudenken und beeinflussen wesentlich die Richtung des Dialogs. Entsprechend vielfältig sind auch die Akteure, die die Menschenrechtspolitik mitgestalten – Bundesministerien, Parlamente,

rechtsstaatliche Träger, unsere nationale Menschenrechtsinstitution, Gewerkschaften, Unternehmen, Interessenverbände, eine sehr aktive Zivilgesellschaft und natürlich regionale und internationale Organisationen. Menschenrechte sind keine fremden Angelegenheiten, sondern gehen uns alle an.

### **3. Neues Verbraucherinformationsgesetz**

Die Bürger werden künftig schneller, kostengünstiger und unbürokratischer Verbraucherinformationen von Behörden erhalten können. So werden formlose Anfragen per Email oder Telefon möglich. Kosten für die anfragenden Bürger werden nur bei sehr hohem Arbeitsaufwand der Behörden entstehen. Weiterhin wird der Anwendungsbereich des Gesetzes ausgeweitet. Verbraucher können dann auch Auskünfte über Spielzeug, Haushaltsgeräte und Heimwerker-Artikel einholen.

Mit dem Gesetzentwurf werden außerdem weitere Konsequenzen aus den Dioxinfunden Anfang 2011 gezogen. Es wird eine Veröffentlichungspflicht bei Rechtsverstößen sowie bei schwerwiegenden Gesundheitsgefährdungen und Verstößen gegen Hygiene- und Täuschungsvorschriften eingeführt. Das erhöht die Transparenz und ermöglicht ein schnelleres Handeln im Krisenfall.

### **4. GKV-Versorgungsstrukturgesetz**

In zweiter und dritter Lesung stand das Gesetz zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Versorgungsstrukturgesetz) zur Verabschiedung an, dessen Ziel eine spürbare Verbesserung der Situation vieler Patientinnen und Patienten im konkreten Versorgungsalltag ist. Bürokratische Hemmnisse werden abgebaut und der Zugang zu erforderlichen Arznei-, Heil- und Hilfsmitteln wird sichergestellt. Auch sollen Behandlungsabläufe für Patientinnen und Patienten zwischen Krankenhäusern, Ärzten und anderen Einrichtungen zukünftig besser abgestimmt werden.

Der Sicherung einer flächendeckenden, wohnortnahen medizinischen Versorgung dient auch, dass das System der vertragsärztlichen Vergütung durch Zurücknahme zentraler Vorgaben flexibilisiert und regionalisiert wird. Darüber hinaus sind Regelungen zur Reform des vertragszahnärztlichen Vergütungssystems, zur Weiterentwicklung der ambulanten spezialärztlichen Versorgung, zur Weiterentwicklung der Strukturen des gemeinsamen Bundesausschusses, zu den medizinischen Versorgungszentren (MVZ) sowie zur Entbürokratisierung in verschiedenen Bereichen enthalten.

## 5. Relevantes für Mannheim und die Region

### **Bund investiert jeweils 25.000 Euro in Kindertagesstätten im Norden Mannheims**

Im Rahmen der Offensive „Frühe Chancen“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend werden das Eltern Kind-Zentrum Luzenberg, der Katholische Kindergarten St. Maria in Sandhofen sowie das Kinderhaus Kerschensteiner, das Kinderhaus Parsevalstraße und die Kita Guter Hirte in Mannheim-Schönau mit jeweils 25.000 Euro gefördert. Diese Förderung ist Teil eines umfangreichen Bundesprogramms. So investiert der Bund bis 2014 rund 400 Millionen Euro in Kindertageseinrichtungen zur Unterstützung von Kindern mit erhöhtem Sprachförderbedarf. Dies erfuhr ich von der ARGE Regiestelle Schwerpunkt Kindertageseinrichtungen. Im Rahmen der Initiative werden derzeit bundesweit 3.062 Kindertageseinrichtungen mit jährlich 25.000 € pro Einrichtung oder 50.000 € pro Einrichtungsverband vom Bund unterstützt. In Baden- Württemberg beteiligen sich bis jetzt 429 Kindertageseinrichtungen an dem Förderprojekt, davon 22 in Mannheim. Gefördert werden insbesondere Kindertageseinrichtungen, die auch Kinder unter drei Jahren betreuen und deren Anteil an Kindern mit erhöhtem Sprachförderbedarf über dem Durchschnitt liegt. Im Rahmen einer zweiten Förderwelle sollen 2012 rund 1000 weitere Kindertageseinrichtungen für die Initiative gewonnen werden.

Die Initiative leistet einen überaus wertvollen Beitrag im Bereich frühkindlicher Erziehung. Gute Sprachkenntnisse sind die Grundvoraussetzung für erfolgreiche Integration und der Schlüssel zu sämtlichen Bildungswegen.

Gerne nehme ich Anregungen von Ihrer Seite auf. Schreiben Sie mir bitte nach Berlin oder rufen Sie mich an.

Prof. Dr. Egon Jüttner MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. 030 / 227 – 722 91

E-Mail: [egon.juettner@bundestag.de](mailto:egon.juettner@bundestag.de)

Internet: [www.egon-juettner.de](http://www.egon-juettner.de)